

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Hrg. Sachse
u. Hrgsch. Sachl. Altenbur.
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
H. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Wählung von Partei-, Vereins- und Volkerversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Zeit-Perle berechnet.

Nr. 33.

Sonntag, 21. März.

1875.

Aus Amerika.

Chicago, 19. Januar.

Einiges über amerikanische Arbeiterverhältnisse. Diejenigen, welche das alte Vaterland verlassen, um sich hier eine neue Heimath zu gründen, stellen sich Amerika, besonders die Vereinigten Staaten, als ein Land der Freiheit vor. Im Allgemeinen haben sie Recht. Wir haben hier vollständigste Gewerbefreiheit, die Presse ist frei, man kann drucken, was einem gefällt, wir haben volle Redefreiheit, und können unsere Meinung frei äußern, ohne befürchten zu müssen, daß ein bismarck'scher Spiegel unsere Versammlung schließt, und beim Ohr nimmt und in die Calabuse führt. Amerika hat gewiß Europa gegenüber manche Vortheile. Aber trotz alledem fühlen sich Viele, welche den atlantischen Ocean gekreuzt haben, in ihren Erwartungen aufs Bitterste getäuscht. Und das mit Recht.

Was speciell die Arbeiterklasse betrifft, so steht sich hier dieselbe in materieller Hinsicht in Folge des bekannten Gesetzes von Angebot und Nachfrage jetzt thatsächlich nicht besser als drüben. Die im vergangenen Jahre eingetretene Abnahme der Einwanderung um beinahe 50 Prozent, sowie die äußerst starke Rückwanderung sind gewiß deutliche Zeichen, daß Amerika seine Anziehungskraft zu verlieren beginnt, wenn nicht schon verloren hat. Die günstige Conjunction ist vorüber, und die Folgen der planlosen Produktionsweise treten zu Tage. Der alte Lieblingslohn unserer Krankestemänner, daß in Amerika (dem „goldenen Lande vollständiger Gewerbefreiheit“) keine Arbeiterfrage in europäischem Sinne möglich sei, erweist sich als unrichtig. Wenn auch hier die Klagen über die Lage jetzt noch nicht so scharf ausgeprägt waren als in europäischen Ländern, so bürgern sich jetzt europäische Verhältnisse um so schneller hier ein, und haben sich in den älteren Culturländern mit dichter Bevölkerung — dem Osten — zum Theil schon so weit ausgebildet, daß sie sich kaum noch von den europäischen unterscheiden. Ausbeuter und Ausgebeutete, Bourgeoisie und Proletariat stehen auch hier einander gegenüber, und der Kampf zwischen Capitalist und Arbeiter nimmt täglich größere Dimensionen an. Wenn man sagt, daß der große Ueberfluß an unbrauchbarem Boden dem amerikanischen Arbeiter im Kampfe gegen die Uebermacht des Capitals einen Vortheil giebt, welchen die europäischen Arbeiter entbehren, so muß erwidert werden, daß derselbe durchaus nicht überschätzt werden darf, da zum Landbau außer körperlicher Tüchtigkeit und Aushauer im Ertragen der größten Entbehrungen vor Allem Geldmittel gehören. Ein armer Farmer, welcher im Westen auf unfruchtbareren Boden anhängt, genießt selten die Früchte seines Fleißes. — Gegenwärtig herrscht in einigen westlichen Staaten, besonders Nebraska und Kansas, in Folge von Misserndten bittere Noth.

Auch hier in Chicago, dem „Wunder des Westens“, welches immer als einer der günstigsten Arbeitsplätze bezeichnet wurde, steht es in Folge der durch die Misserndten der herrschenden Klassen verursachten Noth traurig aus. Selbstverständlich haben die Lohnarbeiter am meisten zu leiden. Wohl kaum die Hälfte der hiesigen Arbeiter war vergangenes Jahr zeitweise beschäftigt, und die Arbeitslöhne sind durch das kolossale Angebot von Händen auf das niedrigste Maß herabgedrückt. Es giebt hier Handwerker und Familienväter genug, deren wöchentlicher Verdienst nur 4 Dollar nicht übersteigt, und dabei sind die Preise für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, besonders Kleidungsstücke, verhältnißmäßig hoch. Kost und Logis (Boarding) kosten hier 4 bis 6 Dollars per Woche. Einige gutorganisirte Gewerksvereine (Trade-Union) halten mit Mühe ihre Lohnsätze aufrecht. Die Gewerkschaftsverbände haben überhaupt einen verben Stoß erhalten, und man fängt an einzusehen, daß durch Strikes, diese ewige Krankheit der Arbeiterklasse, nicht dauernd gehoben werden kann. Dagegen beginnen sich in politischer Hinsicht die Arbeiter zu rühren. Die hiesigen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association sind eifrig bemüht, Aufklärung zu verbreiten und ihre Reihen zu vergrößern. Desgleichen hat die hiesige lokale Arbeiterpartei (Organ „Vorwärts“) — wenn es auch zu bedauern ist, daß sich dieselbe noch nicht direkt der Internationalen Arbeiter-Association angeschlossen — Manches für Verbreitung sozialistischer Grundsätze beigetragen. Die amerikanischen Arbeiter werden durch die Verhältnisse in dieselbe Lage gedrängt, wie die europäischen, und es bleibt denselben daher nichts weiter übrig, als zu denselben Mitteln zu greifen wie jene, d. h., sich als Klasse zu organisiren, um ihre berechtigten Forderungen zum Ausdruck zu bringen.

Philadelphia, 20. Febr.

Die Nachricht von der bevorstehenden Vereinigung der zwei sozialistischen Fraktionen Deutschlands, haben wir wie mit Freunden begrüßt, und hoffen daß auf dem gemeinsamen Congreß, Seitens der Eisenacher sowie der Lassalleaner nur der Bruchstein das Wort haben wird. Auch hier scheint es, daß bald eine Einigung unter den sozialistischen Elementen erzielt werden wird, was sehr zu wünschen ist. — Die beabsichtigte Weltausstellung wird schon ins Wasser fallen, die Reichen wollen nichts vergessen, und die Arbeiter haben nichts zu geben. Die Arbeitslosigkeit hat seit New-Jahr noch sehr zugenommen, und die Lage der Arbeiter wird zu einer geradezu verzweifelten. — Nicht charakt. bestimmt sich die (bürgerliche) Presse; vor einem Jahre schrieb sie: „Das Jahr 1874 wird gut für den Arbeiter; dann, als die Geschäfte noch schlechter gingen, vertröstete sie die Arbeiter auf das Späthjahr, und von diesem wieder auf das Frühjahr 1875 — und so treibt sie es weiter — (wie lange noch?) Die kleinbürgerlichen Geschäftsleute sind jetzt die größten Revolutionäre, sie sagen: so kann es nicht weiter gehen — wir können ja nicht mehr

bestehen; — und richtig, alle Tage sieht man es deutlich, fast an jeder Straße sind eine Menge Stores (Läden) zu verrenten (vermieten) — allein, siehe, sie bleiben leer. — Der Mittelstand ist bankrott.

Politische Uebersicht.

Schöne Ausichten. Wie dem Nürnberg-Fürther „Sozial-Demokrat“ aus Augsburg gemeldet wird, hat kürzlich der „Bayerische Landeshilfsverein zur Unterstützung und Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“, an dessen Spitze Graf Castell und Oberconsistorialrath v. Parles stehen, einen Aufruf zur Unterstützung erlassen, worin die sehr bezeichnende Stelle vorkommt: „Sie (die Ausgaben des Vereins) betreffen einerseits die Vorbereitung für künftige Kriegefälle, in welcher Beziehung neu ausgearbeitete Reglements das ersprißliche Wirken der freiwilligen Hilfe im Anschluß an die staatliche Hilfe sichern sollen, und andererseits die Unterstützung der Invaliden der letzten Kriegsjahre etc.“

Das Berufen auf „künftige Kriegefälle“ könnte man allenfalls als eine etwas übertriebene Vorsorge ansetzen, wenn nicht eine ganze Reihe von Thatsachen vorlägen, die beweisen, daß diese „Zukunft“ sehr nahe ist. So hat der württembergische Hülfverein bereits vor einigen Wochen einen fast gleichlautenden Hülfesauftrag erlassen. Nur wurde darin nicht im Plural von „Kriegsfällen“, sondern bestimmter von einem künftigen Kriegsfalle gesprochen. Man halte man diese beiden Thatsachen zusammen mit dem vor 14 Tagen erfolgten allgemeinen Pferdeausfuhrverbot, das die beteiligten Kreise aufs furchtbarste schädigt; mit der Thatsache, daß Hals über Kopf die neuen Mauergewehre fertig gestellt wurden und bereits Ende Februar in den Händen der ganzen Armee waren; daß die Schießübungen mit denselben schon seit einigen Wochen — d. h. zu einer ganz ungewöhnlichen Jahreszeit — in vollem Gange sind; daß das Reich mehrere Millionen Messinghülsen zu Patronen in Oestreich fertigen läßt, weil seine eigenen Fabriken nicht rasch genug liefern können; daß endlich die ganze Ausrüstung für den Landsturm bereits fix und fertig daliegt — und man wird finden, daß ein Gewitter in der Luft ist. Im Frühjahr des Jahres 1870 meldete der „Volksstaat“ aus Spanien, daß in allen Militärwerkstätten „Tag und Nacht gearbeitet werde, als sollte es morgen los gehen“. Und es ging los. So frühzeitig wußte man bereits in Berlin, daß Napoleon Deutschland „überfallen“ werde.

Das deutsche Volk, und speziell die deutschen Arbeiter, können sich gratuliren. Noch staken wir in einer Krise, wie sie seit Jahrzehnten die Welt nicht erlebt, noch fliegen wöchentlich Tausende von Arbeitern aufs Neue als „überzählig“ aufs Pflaster und werden anderen Tausenden die Löhne gekürzt, noch weiß kein Mensch, wie und wann eine Besserung dieser Verhältnisse eintreten wird, und schon denken „geniale“ Staatsmänner wieder an Krieg — Freue dich Volk!

Herr Eugen Richter. In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 15. März bemerkt dieser gesinnungstüchtige Zukunftsminister zum neuen Klassensteuergesetz, „daß die Klassensteuer in den östlichen Provinzen zu niedrig veranlagt sei.“ Während wissenschaftlich von Professor von der Goltz nachgewiesen wurde, sagt Herr Richter, daß in der Provinz Preußen kein Arbeiter unter 250 Thlr. leben kann, ist dort eine große Zahl von Tagelöhnern steuerfrei geblieben.“ Hat Herr Professor von der Goltz auch „wissenschaftlich“ nachgewiesen, daß jeder Tagelöhner in Preußen 250 Thlr. Einkommen hat? Wer sagt denn dem Herrn Richter überhaupt, daß die Tagelöhner in Preußen leben? Bieleicht vegetiren dieselben nur und schwanken zwischen Leben und Sterben! Daß Herr Richter denselben für ihr Hungern noch eine Hungersteuer ansetzen will, ist sehr menschenfreundlich und dieses schamlosen Lachens über des Volks Elend wohl würdig. Was beiläufig die Ziffern des Herrn von der Goltz betrifft, so stehen dieselben, auch wo es sich um das Einkommen der Landarbeiter handelt, auf sehr wackligen Füßen, wie wir in nächster Nummer ausführen werden.

Eine unangenehme Ueberraschung bereitete Fürst („Herzog“ in spe) Bismarck den nationalliberalen Abgeordneten in der Dienstagsitzung des preussischen Landtags, indem er, obgleich stotternd, doch mit erschreckender Deutlichkeit das Prinzip des Königthums von Gottesgnaden für das seinige erklärte, und zugestand, daß er sich auch von der neuesten Maßregel gegen die Ultramontanen (Entziehung der Staatsbürgerschaft für die katholische Kirche) keinen Erfolg verspreche. Die grausamen Fugitive, mit denen der alte Kreuzzeitungsjunker, unter Wegwerfung der Freiheitsmaße, das Culturkampf-Kartenhaus zertrümmerte, verhinderten natürlich nicht das pflichtschuldigste Hurrah-Geschrei.

Molke's Schule. Als Beitrag zu den Resultaten des Molke'schen „eigentlich wahren Bildungsinstituts“ des kaiserlich preussisch-deutschen „Volks in Waffen“ registriren wir Folgendes aus der „Dortmunder Zeitung“:

Dortmund, 14. März. Wie es mitunter beim Militär zugeht, darüber erzählt man uns wieder eine Schaudergeschichte aus Köln, deren Held ein Dortmunder Knab sein soll. Der Betreffende hatte sich, wie es heißt, ein kleines Vergehen zu Schulden kommen lassen und mußte zur Strafe dafür mit einem mit Sand angefüllten Tornister ohne Ruhepausen so lange marschiren, bis ihm das Blut aus Nase und Mund

quoll. Als er dann zum Lazareth gebracht werden sollte, riß er sich beim Bahnübergange los und warf sich vor die Räder eines eben heranbrausenden Zuges, die zermalmend über ihn fortgingen.“

Zur Charakteristik unserer Gefängnisse. In der „Republik“ Bremen herrscht noch die Tortur. Das ist jetzt an den Tag gekommen. Vor Kurzem reichten zwei Bürgerchaftsmitglieder, die Herren H. G. Bernbard und A. Tebelmann ihre Entlassung als Mitglieder der Gefängnißdeputation ein und begründeten dies wie folgt:

Es seien in der Kirche der Strafanstalt zu Meebshausen in Folge mangelhafter Beaufsichtigung zwischen männlichen und weiblichen Gefangenen Unsitlichkeiten vorgekommen, in Folge dessen eine weibliche Gefangene mit Dunkelarrest bestraft, in Handschellen gelegt und an einem an diesen Handschellen, welche durch eine Eisenstange verbunden waren, befestigten Strich derart aufgezogen worden sei, daß sie nur noch eben mit den Füßen die Erde berührt habe. Letztere Strafe solle sogar dazu angewandt sein, um die Gefangene zum Geständniß zu veranlassen. Auf die Erkundigungen, welche Herr Tebelmann und Herr Bernbard, dem ersteren die Sache ebenfalls mittheilte, einjagen, wurde ihnen dieser Thatbestand bekümmert, nur sollte diese Strafe erst nach dem Geständniß der Gefangenen angewendet worden sein. Die Sache kam in der Sitzung der Deputation zur Sprache, der Inspektor der Gefängnisse, Senator Pauli, erklärte jedoch, von derselben nichts zu wissen, verlangte vielmehr den Namen Desjenigen zu erfahren, der Herrn Bernbard die Mittheilung gemacht, um denselben wegen Verläumdung von Beamten in Anklagezustand zu versetzen. Herr Bernbard verweigerte natürlich die Namensnennung und als Senator Pauli in der nächsten Deputationsitzung dann mittheilte, „daß an der ganzen Sache nichts Wahres sei“, indeß hinzusetzte, es seien allerdings grobe Unsitlichkeiten in der Kirche vorgekommen und sei eine Gefangene, Keder, in Folge dieser unsittlichen Handlungen nach verbüßtem dreitägigen Dunkel-Arrest mit der in der Hausordnung vorgesehenen gesetzlichen Strafe des „Anbindens an die Wand“ belegt worden, wurde Herr Bernbard ob dieser Weigerung sehr scharf angegriffen, der in Folge dessen eine genaue Untersuchung auf das Energischste forderte. Diese Untersuchung wurde abgelehnt, obgleich Senator Pauli mittheilte, daß nach Aussage des Inspektors Bohlsen die Gefangene Keder derart aufgezogen sei, daß sie mit einer Ferse die Erde nicht mehr habe berühren können. Die Thatsache des Aufhängens war also bewiesen, und beide Herren, Tebelmann und Bernbard, welche noch immer um Rennung ihres Gewährrmanns bedrängt wurden, stellten einen zweiten Antrag auf gerichtliche Untersuchung. Auch dieser wurde abgelehnt, dagegen erhielten Beide hiernach noch denselben Tag eine Vorladung vor die Staatsanwaltschaft und wurden dafelbst aufgefordert, ihren Gewährrmann in einer Untersuchungssache wegen „Verläumdung von Beamten“ namhaft zu machen. Da der Staatsanwalt beiden Herren mittheilte, daß sie nach §§ 202 und 203 der Strafprozeßordnung ihr Zeugniß nicht verweigern dürften oder sonst in Haft genommen werden könnten, veranlaßten dieselben diesen, sich selbst der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Herr Bauninspektor Kippe, der Erbauer der Strafanstalt, der das Gerücht von einem Beamten der Strafanstalt hatte, dem es wieder von dem Beamten mitgetheilt sein soll, welcher die Strafe des Aufhängens selbst vollzog, stellte sich in Folge dessen dem Staatsanwalt. Der Schluß der ganzen Angelegenheit aber, von der man glauben möchte, sie spielte fern im Süd, im schönen Spanien unter Torquemada's Regiment, nicht aber in der freien Hansestadt Bremen im Jahrhundert der Aufklärung, so man ein neunjehntes nennt, ist ein Bericht des Bürgeramts an die Bürgerchaft, in welchem bekümmert wird, daß die betreffenden Gefangenen jeder mit 3 Tagen Dunkelarrest, einmal in zwei Tagen Schmälerung der Kost und Anbinden resp. Aufziehen an Handeisen bestraft worden sind, und zwar die weibliche Gefangene mit der letztgenannten Strafe so, da sie während deren Dauer von etwa einer halben Stunde mit beiden Füßen den Boden nicht mehr hat berühren können, und wird am Schluß dieses Berichts zur Verhütung derartiger Vorkommnisse um Aenderung der Verordnungen über die Vollstreckung derartiger Strafen gebeten.

Die saubere Angelegenheit kam in der letzten Mittwochsitzung der Bürgerchaft (Stadtvertretung) zur Sprache. Die vorstehenden Angaben wurden förmlich bestätigt. Mit großer Majorität beschloß die Bürgerchaft einen Dank an Tebelmann und Bernbard und nahm (mit 49 gegen 47 Stimmen) ihr Entlassungsgesuch nicht an. Beschlossen wurde ferner, Anordnungen zu treffen, daß solche Scandale im Gefängniß nicht mehr vorkommen können. Mit welchem Erfolg?

Zur Frauen- und Kinderarbeit. Man schreibt uns aus Regensburg:

Es existirt hier ein sehr humaner Mann Namens Adicht, Damensmantelfabrikant; derselbe beschäftigt ungefähr 25 bis 30 Frauenzimmer von 14 bis 30 und 40 Jahren, und beträgt deren Normalarbeitszeit bloß dreizehn Stunden per Tag: von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr; der Verdienst dem entsprechend, ist 12, 15, 18, 24, 30, 36, 48 Kreuzer. Drei haben sogar einen Gulden per Tag, freilich, wenn sie 10 Minuten zu spät kommen, wird 1/4 Stunde abgezogen, sie sind beiläufig schon 20 bis 25 Jahre im Geschäft. Der Sohn des Herrn Adicht will die Leute nicht so despotisch behandeln und legt ihnen deswegen nur 12 1/2 Stunden Arbeitszeit per Tag auf.

Wir haben hier ferner eine Tabak- und eine Bleistiftfabrik, in welcher Frauen und Kinder von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr arbeiten müssen, dabei haben sie einen Verdienst, der sie kaum vor dem Hunger schützt (18 bis 20 Kr.). Selbst Arbeiter hat man hier noch in diesen Fabriken, wo die Mehrzahl 45 bis 50 Kr. verdienen, obgleich sie eine Reihe von Jahren darin beschäftigt sind. Da kann man sich denken, wie hungerleidend diese Leute mit Frau und Kindern leben müssen, und doch sind sie damit zufrieden, weil sie dieses Loos für eine Strafe Gottes halten. An eine Organisation ist nicht zu denken, da hier Alles noch den Pfaffen nachläuft.

Die gerichtliche Entlarvung eines russischen Spions. Man weiß, daß seiner Zeit nach der Gefangennahme des russischen Flüchtlings Reichsgraf in Zürich eine Jury, bestehend aus Delegirten der Internationalen Sektion Zürich, sowie des polnischen, des russischen und des serbischen Vereins, die Sache untersuchte und den Polen Adolf Stempowski als Verräther Reichsgraf's erklärte. Stempowski, aus Zürich ausgewiesen, ging nach Bern und spielte dort den Unschuldigen. Einige Zeit darauf erfuhr man aus den Zeitungen von einem „Attentat“, das ein junger Pole Skrzynski, ein Zuckerbäcker, auf Stempowski verübt haben sollte, indem er 4 Schüsse aus einem Revolver gegen den Spion und seine Frau abgeschossen habe, ohne jedoch den „Braven“ zu treffen.

Lange Zeit hörte man nichts mehr von diesem „Attentat“, bis vor Kurzem auf Anzeige Stempowski's Skrzynski in seiner Vaterstadt Lemberg festgenommen und vor Gericht gestellt wurde.

Ueber den Prozeß, der durch ein Geschwornengericht entschieden wurde, bringt eine Lemberger Correspondenz der in Zürich erscheinenden polnischen Halbmonatsschrift „Wici“ einige höchst interessante Einzelheiten.

Der Spion Stempowski war seines Lebens in der polnischen Stadt Lemberg so wenig sicher, daß er sich von der Polizei eine Eskorte erbat und während seines ganzen Aufenthaltes in Lemberg nur unter polizeilicher Begleitung ausging.

Vor Gericht brachte der Verteidiger des Angeklagten den Stempowski dahin, daß er gestand, er habe Reichsgraf verrathen. Freilich lag er zuerst hinzu, die schweizerische Polizei habe ihn dazu gezwungen und hätte ihn im Falle der Weigerung ausgewiesen. Diese Lüge wurde sofort durch ein Zeugniß der Züricher Polizei-Direktion widerlegt.

Der Eindruck dieses Geständnisses Seitens des Stempowski war unter dem im Gerichtssaale versammelten Publikum so groß, daß Alles ausrief: Wenn Skrzynski bestraft wird, daß er diesen nicht getroffen hat, dann ist es recht!

Gegenüber der Behauptung Stempowski's, Skrzynski sei von einem sozialistischen Vereine in Zürich nach Bern geschickt worden, um ihn zu tödten, erklärte dieser, daß er nie in Bern gewesen.

Das Schwurgericht erklärte Skrzynski als nichtschuldig. Der Spruch wurde vom Publikum mit lautem „Bravo“ begrüßt. So ist Stempowski, der Verräther Reichsgraf's, das zweite Mal gerichtet worden vor öffentlichem Schwurgericht in Lemberg. (Tagewacht.)

Ein seltener Fall. Wir meldeten kürzlich, daß der verantwortliche Redakteur des „Volkstaat“, Seiffert, wegen Beleidigung Bismarck's in erster Instanz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Auf erhobenen Einspruch wurde am 17. d. Mts. in öffentlicher Verhandlung das erstinstanzliche Urtheil in drei Wochen Gefängniß umgewandelt, welches günstiges Resultat wesentlich der wirksamen Verteidigung des Rechtsanwalts Freitag zu danken ist.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Lindenu-Flagwitz. Montag, den 1. März, hielten wir unsere gewöhnliche Gewerkschaftsversammlung ab, wozu sämtliche Meister und Gehilfen eingeladen waren. Tagesordnung war: Die Gewerkschaften und unsere Segner. Als Referent trat Schäfer aus Leipzig auf. Redner führte aus, daß die Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Interessen und Bedürfnisse (???) haben. Hierauf erläuterte Referent unser Statut und meinte, daß es sehr nothwendig wäre, daß die Vorstände der beiderseitigen Vereinigung sich in korrespondierende Verbindung setzen und zwar über die Mitglieder, die sich unehrliche Handlungen haben zu Schulden kommen lassen. Redner erläuterte noch die Organisation der verschiedenen Gewerkschaften und hob vorzüglich die Buchdrucker hervor. Ferner erläuterte Redner die Produktivgenossenschaften unserer Kollegen in München und Dresden und hob besonders die Intelligenz der betreffenden Mitglieder hervor. Ferner wurde noch die Schmutzkonkurrenz der Arbeitgeber mit scharfen Worten gegeißelt. Auch die Vortheile unserer Krankenkasse gegenüber der Fabrik-Krankenkasse hob Redner hervor. Den Vorwurf, den uns die Arbeitgeber immer machen, daß es so viel unbrauchbare Arbeiter gibt, wurde auf die Arbeitgeber zurückgeworfen, indem sie die Lehrlinge gewöhnlich ungenügend ausbilden. Es wurde ferner noch die männliche Haltung der Schuhmacher in Mainz, der Buchdrucker, der Steinmehrer und anderer Gewerke in Deutschland, welche diese bei vorgekommenen Streiks gezeigt haben, von dem Redner hervorgehoben. Redner wies noch auf die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit, welche noch in unserer Branche herrscht, hin, und verlas noch einen darauf bezüglichen Artikel von Nord. Hierauf wurden in der darauffolgenden Diskussion verschiedene Miß- und Uebelstände besprochen, und beteiligten sich auch die Arbeitgeber an der Debatte. F. Sötkner, Sec.

Verein der Sattler und Berufsgeoffenen.

Berlin, 16. März. Da die Kollegen in Pirna und Gützkow mit ihren Arbeitgebern in Lohnbifferenzen gerathen sind, so ersuchen wir, so viel als möglich den Bezug nach dort fernzuhalten. Gleichzeitig bitten wir alle arbeiterfreundlichen Blätter, obige Notiz abzudrucken. Der Vorstand.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar.)

Grimmischau, 14. März. Gewerkschaften! In Bezug der Veröffentlichung in Nr. 23 des „Volkstaat“, betreffend die nächste Generalversammlung, haben die Mitglieder zu Braunschweig den Antrag eingeleitet. Sie fordern die Vorstandsverwaltung dringend auf, die Generalversammlung nächste Pfingsten abzuhalten, indem sie es für nothwendig halten, daß alljährlich wenigstens eine Generalversammlung stattfinden, um der ganzen gewerkschaftlichen Bewegung neues Leben zu geben; zu reinigen und zu läutern, was

bisher noch mangelhaft war. Zugleich beantragen die Braunschweiger Mitglieder, daß die Generalversammlung nach Braunschweig verlegt werden möge.

Indem uns nun von keiner Seite Nachricht über diesen Punkt zugegangen ist, so ersuchen wir sämtliche Vertrauensleute, sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen, den Antrag der Braunschweiger Mitglieder zu diskutiren und uns von dem Resultat sofort zu benachrichtigen. Mitglieder, welche für Abhaltung einer Generalversammlung zu Pfingsten sind, ersuchen wir zugleich Gründe dafür anzugeben. Berichte über diesen Punkt müssen spätestens bis zum 1. April in unseren Händen sein; spätere Berichte können nicht berücksichtigt werden.

Zugleich werden diejenigen, welche für das letzte Quartal noch nicht abgerechnet haben, ersucht ihren Pflichten gegen die Hauptkasse nachzukommen, damit die Abrechnung veröffentlicht werden kann. Die, welche bis Ostern nicht abgerechnet haben, werden als säumige Mitglieder veröffentlicht.

Für die Vorstandsverwaltung:
E. Poser, Peterstraße 557. C. O.

Verein der deutschen Steinmehrer.

Berlin. Auch wir sind von unserer Meisterschaft mit einer Reduzirung der Lohn- und Akkordpreise um circa 10 Proz. beglückt worden. Am 27. Januar erhielt das Bureau der hiesigen Mitgliedschaft ein von sämtlichen hiesigen Meistern unterzeichnetes Schriftstück, worin dieselben erklärten, daß sie nicht mehr im Stande seien, die im Jahre 1872 normirten Arbeitspreise zu zahlen, da sich die Geschäftsverhältnisse seit dieser Zeit wesentlich umgestaltet hätten. Es sollten vom 1. Februar ab die vereinbarten Akkord- und Lohnpreise nicht mehr als bindend betrachtet werden und eine Herabsetzung derselben um circa 10 Proz. eintreten. Die dieshalb am 31. Januar einberufene öffentliche Generalversammlung legte gegen dieses Vorgehen Protest ein und stellte das Gesuch an die Meisterschaft, diesen Beschluß zurückzunehmen, da der bisher gezahlte Lohn im Verhältnis zu den immer höher gestiegenen Preisen für Lebensbedürfnisse keineswegs als zu hoch bezeichnet werden kann, und die auswärtige Konkurrenz unter diesen Umständen eher vermehrt als vermindert, und der Werth der Arbeit mehr und mehr heruntergesetzt werde. Ferner treffe diese Maßregel die Familienväter doppelt schwer, und sei dieselbe wohl geeignet, statt des gegenseitigen Friedens und Vertrauens dauernde Unzufriedenheit und Verschärfung der Klagengegensätze hervorzurufen. Gleichzeitig wurde eine Commission gewählt, welche eventuell mit den Meistern in Verhandlung zu treten habe, und wurde Antwort binnen wenigen Tagen erbeten. Auf das am 1. Februar abgeschickte Schreiben wurde am 23. Februar die gewünschte Antwort ertheilt, dahin gehend, daß sie (die Meister) die Gründe als zureichend nicht anerkennen könnten, und die Herabsetzung der Preise als eine in den hiesigen Geschäftsverhältnissen durchaus begründete Nothwendigkeit erachten müßten, und daß sie der Ansicht wären, daß sie keine Arbeiten übernehmen könnten, wenn sie dieselben nicht billiger liefern würden. Auf Grund dieser Thatsachen sagte die Versammlung vom 7. März folgende Resolution: „Die Versammlung spricht gegen die von den Arbeitgebern in Scene gesetzte Lohnreduktion ihre volle Entrüstung aus und findet die Motive zu dieser Handlungsweise nur darin, die so schon traurige Lage und erbärmliche Lebensstellung der Steinmehrer noch mehr zu verschlechtern, sowie den aus und für sich kunstlosen Beruf durch Herabsetzung der Arbeitswerthe zum wahren Fabrikergezugs zu stempeln. Angesichts dieser Thatsachen ist es eine heilige Pflicht anzusprechen, um gemeinsam gegen die Bergwältigung und die Eingriffe des Vereins der Inhaber von Steinmehrgeschäften, die nur dazu angethan sind, den sozialen Frieden vollständig zu vernichten, Stellung nehmen zu können.“ — Das hiesige Geschäft Kessel und Röhrl macht es noch schlaun, indem es auf den Eigennutz der Arbeiter spekulirt und ihnen den alten Lohn belassen will, wenn sie bis 7 Uhr Abends statt wie bisher 6 Uhr arbeiten. Die Kollegen und sämtliche Arbeiter sind jedoch entschlossen, festzuhalten an den Lohnpreisen, unter keinen Umständen sich aber zur längeren Arbeitszeit zu verstehen. So vernichtet man mit einem Federstrich soziale Verträge, so sucht man die Erzeugnisse zu entreißen, die mit so schweren Opfern erkämpft wurden, unbestimmt um die Wunden, die solche Maßregeln schlagen. Wäge der Mahnruf allen Kollegen ins Herz dringen, einig und treu zusammenzustehen in guten wie bösen Tagen. Schwer ist es, etwas zu erringen, noch schwerer aber, das Errungene festzuhalten. Ferner machen wir die Kollegen auf eine Notiz in der „Baugewerk-Ztg.“ aufmerksam, worin sich Herr Schöber aus Halle und Herr Weging in Berlin empfehlen, da sie in Folge der herabgesetzten Lohnpreise die Arbeit um verschiedene Prozent billiger herstellen könnten. Herr Weging will die Arbeiten um 8 Proz. billiger machen. Und zieht er aber 10 Proz. ab. Ist das nicht schamlos?

Correspondenzen.

Lichtenstein-Gallenberg. Jahre sind vergangen, ohne daß von unseren beiden Städten eine Notiz im „Volkstaat“ zu finden gewesen wäre, und die Parteigenossen müssen fast glauben, wir hätten uns aufgelöst oder wären eingeschlafen.

Heute wollen wir dieses Schweigen brechen und auch einmal ein Lebenszeichen von uns geben. Können wir auch nicht von großen Erfolgen berichten, die wir erzielt haben, so haben wir doch rüftig gearbeitet an der Verbreitung unserer Idee, haben in unseren Versammlungen die Lehren der Sozialdemokratie erläutert, Agitationsnummern verbreitet, Kalender, Flugblätter, Reden u. d. den Arbeitern zugänglich gemacht. Freilich, hätten wir, wie es andernorts der Fall gewesen ist, mehrmals auswärtige Redner erlangt, um Volksversammlungen halten zu können, sei es nun um über die Ziele der Sozialdemokratie, die Thätigkeit des Reichstags u. d. referiren, es stünde besser hier, als dies gegenwärtig der Fall ist. Mehrere Male hatten wir eine Volksversammlung angemeldet, jedoch der erwartete Redner erschien nicht, so daß wir aus und allein angewiesen blieben; oder wir mußten schon annoncirt Versammlungen rückgängig machen.

Doch wir lassen den Muth nicht sinken, und hoffen, wenn unser Reichstagsabgeordneter A. Bebel seiner Haft entlassen sein wird, daß dann neues Leben in die Reihen der hiesigen Arbeiter kommen wird.

Die in Aussicht stehende Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen hat, obgleich wir von dem früheren Zwiespalt nur durch den „Volkstaat“ wußten, unter den hiesigen Sozialdemokraten die lebhafteste Freude hervorgerufen, und wünschen wir, daß dieselbe recht bald zur Thatsache werden möge. „Einigkeit macht stark!“

*) In den nächsten Tagen wird eine Versammlung stattfinden.

Druckfehlerberichtigung. Im letzten „Volkstaat“-Ertheil, im Bedacht „Ostern 1875“ wie als „Herr Jörg“ irrthümlich Georg von Brunsberg bezeichnet; es muß in der Note heißen: Leuchter Georg von Waldburg.

Preiskarten

der Redaktion. Fr. A. Meier: 30 eingetroffen, konnte aber wegen Raummanget noch nicht aufgenommen werden. — J. in G. Mit Porto kosten 15 Exemplare 85 Pf. — S. S. in L.: S. vor. R. Wegen Stoffmangels Veröffentlichung früher nicht möglich. Bitte um Fortsetz. Gruß!

Quittung

der Expedition: B. Andersen Glücksburg Schr. 1.10. Arbeiter-Parti Klagsburg Ann. 2.10. Liter. Ber. das. Ann. 0.40. J. Erbs das. Schr. 83.20. J. Mär hier Ab. 15.00. Arb.-Ber. Neufeld Ann. 2.00. Obr. hier Ab. 0.85. J. Franz Wien Schr. 18.00. Dr. Schloß-Chemnitz Ab. 0.70. Als Magdeburg Schr. 9.00. Als Weinigen Schr. 7.00. Elsa Pforzheim Schr. 15.00. Hitz Götting 3.25. Ufrt Weimar Schr. 4.55. Geogr. Jagothadt Schr. 1.55. Engländer Magdeburg Ann. 0.80. Loh. Subl. Schr. 6.00.

Fond f. pol. Gemahregelte.

Von L. hier 0.25.

Für die Hinterbliebenen Nord's.

Von D. R. hier 3.00.

Anzeigen u.

Berlin Montag, den 22. März, Abends halb 9 Uhr, im oberen Saale des Herrn Carus, Prinzenstraße 72:

Versammlung des Wahlvereins.

Tagesordnung: Zur Nachfeier des 18. März. Das Programm der Pariser Commune. Referent: Herr Adam.

Die Mitglieder der Lesezimmer-Commission werden zu Dienstag den 23. März, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Bach, Mühlstr. 4 eingeladen.

Ferner dient den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächste Bezirksversammlung Montag, den 5. April, im „Dresdner Ballhaus“, Dresdnerstraße 116, stattfindet.

Witzteilungen über die neueste Polizei-Ordnung am 18. März. Der Vorstand. [1,30]

Bremen Am ersten Oftertage finden in der Hermannshalle Concert und declamatorische Vorträge statt, unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine. Entrée für Herren 25 Pfennige, Damen 10 Pfennige.

Dienstag, den 30. März 1875:

Großer Arbeiter-Ball.

Karten à 60 Pfennige sind an den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Zu zahlreichem Besuch ladet ein. Das Fest-Comité des Allgem. d. Arbeitervereins. [2,70]

Hannover Montag, den 22. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Rarten: Volksversammlung.

Tagesordnung: Der 18. März und seine Bedeutung. Referent: Fritsch und Oebele. Rudolph. [6]

Hannover Geburtstags-Feier Ferd. Lassalle's Den 1. Ofterfeiertag, Nachmittags von 4 Uhr ab Concert, nach 8 Uhr Ball, bei Herrn Rarten.

Concert 30 Pf., nach dem Concert 75 Pf., das ganze Fest 1 Mark. Karten sind bei Rath's, Neust. 45, Rudolph, Mittelstr. 11, Oebmannstr. zu haben. (2a) Für das Comité: Rudolph. [1,75]

Hamburg Abonnements-Bestellungen auf den „Volkstaat“, 2. Quartal, nehmen entgegen Colporteur Schulz, Plag beim grünen See, Hof 34, Saal 2; Kue Breitenstraße 39, Hinterhaus 1; Oeb, Ködingsmarkt 12.

Die Parteigenossen werden ersucht, eifrig für die Verbreitung des „Volkstaat“ einzutreten. Der Preis, frei ins Haus, beträgt vierteljährlich 1 Mark 12 Schilling = 2 R. 10 Pf.

Da der Colporteur Schulz gestorben ist, so wollen die Abonnenten rückständige Abonnementgelder schleunigst an die Kinder Schüge's anzahlen, damit der Rechnungsabschluss keine Verzögerung erleidet. Die Commission. (2b)

Leipzig Montag, den 22. März, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. — Tagesordnung: Sozialer Wochenbericht. Statuten-Veränderung. Fragelassen. Aufnahme neuer Mitglieder. D. B. [0,4]

Marxstadt Montag, den 22. März, Abends 8 Uhr: Volksversammlung im Gasth. z. Thlr. Tagesordnung: Die letzte Reichstags-Session. Referent: Herr W. Liebknecht aus Leipzig.

Die Wähler der umliegenden Ortschaften sind zu zahlreichem Besuch eingeladen. Der Vorstand des Arbeitervereins. [0,6]

Magdeburg u. Umg. Gr. Volksversammlung in der Centralhalle, Friedrichstadt. — L.-D.: 1) Die Sozialisten in u. außer dem Reichstag. Referent: Reichstagsabgeordneter J. Rottke 2) Der Artikel der Magdeb. Ztg. „Schlaraffenleben“.

Der Redakteur der Magdeb. Ztg. ist brieflich eingeladen, um die Sozialdemokraten von Magdeburg und Umgegend seine Belehrungen einmal mündlich vor dem Forum der Öffentlichkeit zu vertreten. Der Beauftragte. [0,3]

Mensellerhausen u. Umg. Berichtigung. Die Eisen- und Stahlarbeiter-Versammlung findet nicht in Oual's Salon, sondern im Saale der „Germania“ daselbst Sonntag, den 21. März, Nachmittags 3 Uhr statt. Die Einberufer. [0,3]

Alle Briefe an mich bitte ich von jetzt ab an E. Gidethier, Poststraße 34, Chemnitz, zu adressiren. Philipp Wiemer. [0,3]

Photographien von Theodor Nord

in Bistenkartenformat à 25 Pfennige das Stück, zwei Duzend zu 5 Rmk. gegen baar in kleinem Folio-Format à Stück 3 Rmk., 6 Stück gegen baar 15 Rmk. sind zu beziehen von der Buchhandlung des „Volkstaat“.

Wir empfehlen den Lesern des „Volkstaat“, sowie überhaupt dem Publikum, daß sich für die heutigen gesellschaftlichen Zustände interessirende das Lesen der in unserem Verlage in Berlin erscheinenden

„Social-Politischen Blätter“ zum

Abonnement.

Der Abonnementspreis beträgt für wesentlich einmalige Lieferungen pro Quartal 10 Sgr., pro Monat 4 Sgr. Abonnementspreis in Monatsheften 4 Sgr. pro Heft.

Colporteur und Buchhändler erhalten entsprechenden Rabatt. Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Colporteurs, sowie Wochenlieferungen auch alle Postanstalten entgegen. Berlin im Dezember 1874. (w)

Redaktion und Expedition des „Neuen Social-Demokratischen“

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert. Redaktion Hofstraße 4, Expedition Preystraße 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Es muß hier ein Mißverständniß vorliegen; Referent kann unmöglich einen so unrichtigen Satz ausgesprochen haben. Red. d. B.

R. d. B.